

Kleine Anfrage 120

des Abgeordneten Christoph Schulze
fraktionslos

an die Landesregierung

Schallschutzprogramm

Der Flughafen BER wurde im August 2004 planfestgestellt und nach einem zweijährigen Klageverfahren am 16. März 2006 wurde der Planfeststellungsverlust vom Bundesverwaltungsgericht im Großen und Ganzen für rechtmäßig befunden.

Der Teil „Schallschutz“ wurde allerdings verworfen und mit erheblichen Auflagen bedacht. In diesem Zusammenhang wurde das Planergänzungsverfahren durchgeführt und der Planergänzungsbeschluss erlassen, der wiederum von Bürgern und Bürgerinnen beklagt wurde und dann im Jahre 2011 im Rahmen des Verfahrens vor dem Bundesverwaltungsgericht zu Ende kam.

Seit dem Jahre 2007 ist die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg FBB nun dabei, das Schallschutzprogramm zu planen, allerdings musste man feststellen, dass die FBB nicht das glücklichste Händchen bei der Planung und Umsetzung des Schallschutzprogramms hatte. Die FBB hat ihre eigenen Ideen, Mittel und Maßnahmen zur Umsetzung des Schallschutzprogramms entwickelt, die bei den Bürgerinitiativen und Bürgern auf Unverständnis und auch massivem Widerstand stoßen. Nunmehr „tounen“ Mitarbeiter der FBB mit dem Schallschutzprogramm durch die von der Südbahn betroffenen Gemeinden und erklären den Bürgerinnen und Bürgern die Vorgehensweise und welche Rechte sie aus Sicht der FBB haben und wie diese umzusetzen sind.

Von Seiten der Bürgerinnen und Bürger, von Seiten der Bausachverständigen und von Seiten der Gemeinden und den zahlreichen Bürgerinitiativen rund um den Flughafen ist erhebliche Kritik an den von der FBB vorgesehenen Schallschutzkonzepten und zu erbringenden Leistungen. Es wird eingewandt, dass bestimmte bauphysikalische Mängel bei der Umsetzung der Leistungsbeschreibung der FBB in Kauf zu nehmen wären. Diese Fragen wurden auch im Rahmen der Flughafenkommission erörtert, ohne, dass man hierzu Einvernehmen erzielen konnte. Auch im Dialogforum wurden diese Fragen erörtert, auch hier wurde kein Einvernehmen erzielt.

In der Flughafenkommission am 24.11.2014 wurde durch hochrangige Vertreter der FBB behauptet, dass es für eine Außendämmung gar keine Prüfzeugnisse geben würde bzw. dass diese der FBB nicht bekannt wäre. Außerdem wurden durch

Vertreter der FBB zahlreiche andere Behauptungen aufgestellt, die nicht auf Zustimmung bei Sachverständigen stoßen.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass die FBB gegenüber den Behörden des Landes Brandenburg behauptet, dass es keine Prüfzeugnisse für Aussendämmungen geben würde?
2. Ist in der Fluglärmkommission bei der Darstellung des Punktes Schallschutzprogramm am 25.11.2014 behauptet worden, dass Aussendämmungen für die FBB nicht in Frage kommen würden?
3. Hat die FBB und ein Teil der von Ihnen beauftragten Ingenieurbüros am Expertenworkshop am 7.2.2013, der von der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow und dem Bezirk Treptow-Köpenick im Ratssaal Köpenick organisiert worden ist, teilgenommen? Sind dort die Vorzüge von Aussendämmungen dargestellt worden?
4. Liegt der LUBB bzw. dem MIL ein Schreiben des Bürgermeisters der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow und des Baustadtrates des Bezirks bezüglich dieses Expertenworkshops vor? Wie ist dieses Schreiben behandelt und beantwortet worden? Ist die damalige Staatssekretärin Frau Kathrin Schneider aktiv geworden?
5. Ist in diesen Schreiben dezidiert kritisiert worden, dass die FBB respektive deren Ingenieurbüros keine Prüfzeugnisse für Innendämmungen vorlegen würden und ist in diesem Zusammenhang auch von Aussendämmungen gesprochen worden?
6. Trifft es zu, dass auf Anregung fachkundiger Bürger sich Projektgruppen zum Thema Schallschutz mit und ohne Beteiligung der FBB interministeriell gebildet haben? Wie häufig haben Arbeitsgruppentreffen stattgefunden? Ist dort über Aussendämmungen gesprochen worden?
7. Trifft es zu, dass die FBB die Auffassung vertritt, dass die von ihr beauftragten Ingenieurbüros keine Prüfzeugnisse vorlegen müssten, weil es sich hierbei um Geschäftsgeheimnisse handeln würde?
8. Wenn es zutreffend ist, dass Prüfzeugnisse nach DIN 4109 bei allen mehrschaligen Baukonstruktionen, die nicht dem genauen Aufbau der Beispielsammlung der DIN 4109 entsprechen, vorzulegen sind, wann hält es das MIL (LUBB) für notwendig einzugreifen und die FBB zum rechtmäßigen Handeln aufzufordern?
9. Trifft es zu, dass das LUGV bereits seit Jahren, den Flughafen gebeten hat, das Schalldämmmaß von Bauteilkonstruktionen abzustimmen, damit darauf basierend verbindliche Bauteilkataloge beim Schallschutzprogramm angewandt werden können?
10. Trifft es zu, dass derartige Bauteilkataloge seit 2006 hätten entwickelt werden können, weil diese unabhängig von kritischen Fragen des Schutzniveaus oder der Flugrouten als Basis für fachliches Handeln als erforderlich zu bezeichnen sind?
11. Da der Flughafen sich weigert, die erforderlichen Prüfzeugnisse bei der Durchführung des Schallschutzprogramms vorzulegen, sind aufsichtsrechtliche Schritte der Landesregierung notwendig. Wann erfolgen diese?

12. Kann das LUGV Bauteilkataloge mit Schalldämmmaßen erarbeiten, da auch bei der Umsetzung von Schallschutz nach dem Fluglärmenschutzgesetz Schalldämmmaßnahmen zu bewerten sind? Wie ist die personelle Ausstattung und wann kann dieses erfolgen?
13. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, dass allein durch Aussendämmung Verkehrslärm mit hohen tieffrequenten Anteilen von zu schützenden Wohnräumen effektiv abgehalten werden kann? Welche aktuellen Veröffentlichungen (z.B. Bauphysikalische Veröffentlichungen und Zeitschriftenartikel) sind der Landesregierung hierzu bekannt? Kann es als Stand der Technik bezeichnet werden, wenn ein C_{tr} Wert – also der Schalldämmwert, der unter Verkehrswertbedingungen ermittelt wird – angegeben wird?
14. Ist es problemlos möglich, Prüfzeugnisse, bei denen ein C_{tr} Wert vom jeweiligen Prüflabor angegeben worden sind, in einem Bauteilkatalog aufzunehmen?
15. Wie gedenkt die Landesregierung fluglärm betroffene Bürger ansonsten vor tieffrequentem Fluglärm zu schützen?
16. Liegt eine unabhängige Untersuchung zu diesen Fragen vor bzw. welche Anregungen sind zur Berücksichtigung tieffrequenten Lärm beim Schallschutzprogramm bereits gegeben worden?
17. Trifft es zu, dass die Leistungsbeschreibungen des Flughafens ausschließlich Innendämmungen vorsehen und Aussendämmungen überhaupt nicht im Rahmen der Baukonzessionsverträge bzw. Leistungsbeschreibungen vorgesehen worden sind?
18. Trifft es zu, dass Bürger, die ihre Dächer von außen dämmen wollten bzw. gedämmt haben, vom Flughafen hierbei behindert worden sind und der Flughafen Auszahlungen verweigert hat, mit dem Argument, dass die örtlichen Handwerksfirmen keine Prüfzeugnisse vorlegen könnten? Wie beurteilt die Landesregierung das Vorgehen des Flughafens, Bürger und Handwerksfirmen für Prüfzeugnisse verantwortlich machen zu wollen, obwohl die FBB als Verantwortliche abgestimmte Bauteilkataloge mit Prüfzeugnissen hätte entwickeln müssen?
19. Wann gelingt es der Landesregierung die FBB zu verpflichten, Bürgern umsetzbare Schallschutzmaßnahmen vorzulegen und entsprechend abgestimmte Schallschutzkonzepte vorzulegen?
20. Wie geht die FBB mit der Tatsache um, dass Wohnräume bei umfangreichen Innendämmungsmaßnahmen während der Bauphase unbewohnbar sind?
21. Sollen fluglärm betroffene Bürger einen finanziellen Ausgleich für die verloren gehende Wohnfläche bei Innendämmmaßnahmen erhalten? Sind die Umbaumaßnahmen an Einbauküchen, Bücherwänden und Einbaumöbeln auch wenn die Kappungsgrenze überschritten wird, erstattungsfähig?
22. Wie beurteilt die Landesregierung das Verhalten vieler Bürger, die Innendämmmaßnahmen aus bauphysikalischen Gründen (Feuchteschutz) ablehnen? Liegen der Landesregierung Erkenntnisse zu bauphysikalischen Problemen bei Innendämmungen (siehe z.B. Flankendiffusion und Wasserdampfkongvektion) vor?
23. Wieviele Bauingenieure, Bautechniker oder berufserfahrene Architekten, die im Dienst der Landesregierung stehen, haben das Schallschutzprogramm

überprüft und die Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen untersucht? Hier wird um Angabe des Datums der fachlichen Stellungnahme gebeten. Liegen der Landesregierung Gutachten vor, die bereits auf die angesprochenen Punkte Bezug nehmen?